

**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax : (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 05.12.2015

Auszug**aus dem Entwurf der Niederschrift der 13. Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses vom 03.12.2015****öffentlich****10.5 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord
2920/2015**

RM van Geffen beantragt, die Vorlage zunächst ohne Votum und ohne Wiedervorlageverzicht zur Anhörung in die Bezirksvertretung Innenstadt zu verweisen, da die SPD noch keine abschließende Bewertung vorgenommen habe. Hier werde der Versuch unternommen, ordnungsrechtliche Fragen mit Festsetzungen eines Bebauungsplanes zu begegnen. Er zweifle, ob dies zielführend sei. Die Tatsache, dass die Verwaltung noch im Mai dieses Jahres gegenteiliger Ansicht gewesen sei, bestärke seine Skepsis; zumal es hier offenbar um lediglich einen Kiosk gehe. Auch habe er eine andere Vorstellung von dem Begriff „städtebauliche Fehlentwicklung“. Im Übrigen habe man sich darauf verständigt, zum Zwecke eines Interessenausgleiches ein Werkstattverfahren durchzuführen. Dies sei seiner Ansicht nach wesentlich erfolgversprechender.

RM Kienitz entgegnet, in den letzten Wochen seien zahlreiche Gespräche mit den Beteiligten geführt worden. Darin hätten sich die ursprünglichen Befürchtungen der vor Ort ansässigen Unternehmer zerstreut oder seien zumindest abgemildert worden. Weitere Dialoge auf Initiative der Bezirksvertretung würden folgen. Er sei schon der Meinung, dass man darauf achten müsse, dass das Belgische Viertel in keine Schieflage gerate. Eine verträgliche und qualitätsvolle Mischung insbesondere für die Wohnbevölkerung müsse gewährleistet werden. Insofern trage die CDU die Inhalte der Vorlage mit, zumal für die bestehenden Betriebe Bestandsschutz gelte. Allerdings akzeptiere er auch den Wunsch der SPD, die Vorlage zunächst ohne Votum in die Bezirksvertretung verweisen zu wollen.

RM Pakulat steht der Aufstellung des Bebauungsplanes grundsätzlich positiv gegenüber. Im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dankt sie der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung ihrer Fragen vom 30.11.15, welche zu einer Klärung der Situation beigetragen hätten. Ebenso wie ihr Vorredner könne auch sie der Vorlage bereits heute zustimmen, sei aber mit einer Verweisung einverstanden.

In Richtung der Ausführungen des RM van Geffen ist RM Weisenstein der Auffassung, dass die Verhinderung weiterer Gastronomiebetriebe bereits ein wichtiger Baustein für einen Interessensausgleich darstelle. Der Focus möge auf den Schutz des Wohnens gelegt werden. Daher spreche auch er sich für eine positive Beschlussfassung aus. Parallel hierzu sollten andere Maßnahmen wie beispielsweise die Entwicklung von Alternativräumen weiter verfolgt werden. In diesem Zusammenhang seien auch Vorschläge des Kulturausschusses gefordert.

RM Sterck schließt sich im Grunde den Ausführungen seines Vorredners an. Die Erfahrung habe gezeigt, dass ordnungsrechtliche Maßnahmen die Situation nicht entschärfen hätten. Insofern sei es richtig, nunmehr eine andere Strategie zu entwickeln. Im Rathenauviertel habe man dies bereits in ähnlicher Form über die Festsetzung von Bebauungsplänen betrieben. Er sei der Meinung, dass Bauplanungsrecht eins von mehreren Instrumenten sein könne, eine Befriedung der unterschiedlichen Interessen herzustellen.

SE Henseler führt aus, die Probleme im Belgischen Viertel stellten einen typischen Konflikt des sich veränderten Freizeitverhaltens einer Stadtgesellschaft dar, der noch nicht gelöst sei. Er sei davon überzeugt, dass dieser sich ausschließlich durch intensive Gespräche mit allen Beteiligten entzerren lasse. Dabei müssten Vereinbarungen getroffen werden an denen sich auch gehalten werden müsse. An der Einhaltung solcher Vereinbarungen scheitere es jedoch meist. Klar sei indes, dass die Freien Wähler klar dem Schutz des Wohnens Priorität einräumen und daher der Vorlage zustimmen werden.

SE Hegenbarth informiert, die Thematik sei des Öfteren Thema im AVR. Seiner Einschätzung nach, würden die ordnungspolitischen Maßnahmen greifen, die Situation habe sich verbessert.

Vorsitzende Gordes hätte die Vorlage zwar gerne positiv verabschiedet, aufgrund des Antrages der SPD und der allgemeinen Akzeptanz hierzu stellt sie aber fest, dass die Vorlage ohne Votum und mit Wiedervorlage zunächst in die Bezirksvertretung Innenstadt verwiesen werden soll.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum zur Anhörung in die Bezirksvertretung Innenstadt und bittet um Wiedervorlage.